3. Jahrgang / Nr. 140

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postscheckkonto Nr. 15 380 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.", Breslau. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 2337.

Dienstag, den 28. Juni 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., amtliche 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,60 Mk. Reklamen: Die Millimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum im Text 1,— Mk.

Ein totgeborenes Kind

Wie die V. V. N. hören, wird in den nächsten Tagen eine Verordnung des Reichspräsidenten herauskommen, die die Auflösung sämtlicher Selbstschutzverbände verfügt, um den Bestimmungen des Ultimatums gerecht zu werden, wonach diese bis zum 30. 6. aufgelöst sein müssen. Damit ist auch die Frage des proletarischen Selbstschutzes, wie ihn dieser Tage in Breslau von einigen sozialistischen Führern durch einen Aufruf zu organisieren versucht wurde, erledigt.

Die sozialdemokratischen Arbeiter Breslaus werden einigermaßen Augen machen, wenn sie hören, daß ihr Selbstschutz so schnell seine Erledigung gefunden haben soll. Die sozialdemokratischen Parteiorgane dagegen sehen in dieser vom Reichspräsidenten angekündigten Verordnung ihren Zweck erreicht. Bauernschlau wie sie sind, freuen sie sich über den gelungenen Trick: Der reaktionären Hyäne sind die Zähne ausgeschlagen.

Die „Freiheit", die in dem Beschluß der Breslauer Arbeiter die „Probe aufs Exempel" sieht, ist glücklich, daß auf diesem Wege nun endlich der Orgesch (echt!) das Genick gebrochen wird.

Auch der „Vorwärts" stellt mit Befriedigung fest, daß es, wenn auch auf diesem Umwege, nun doch gelingen werde, dem „Selbstschutzwesen" ein Ende zu machen.

Was wir schon gesagt hatten, als die Mache und Konsorten mit ihrem Fabrikat an die Oeffentlichkeit traten, ist eingetreten. Es hat sich nicht darum gehandelt, die Arbeiter zu Kampforganisationen zusammenzufassen, die es dem Proletariat möglich machen, den unausweichbaren Kämpfen mit der Orgesch gerüstet gegenübertreten zu können, nein, für die Winzer und Konsorten handelte es sich nur darum, den Arbeitern etwas vorzuflunkern.

Ebert wird natürlich seine Verordnung loslassen und die wird auf dem Papier stehen bleiben, wie alle Verordnungen, die sich gegen rechts wendeten. Die Breslauer Republikaner werden natürlich ihren Selbstschutz, der bis jetzt ja auch nur auf dem Papier gestanden hat, pflichtschuldigst auflösen. Die echten Orgeschleute aber werden dem Ebert etwas aus Goethes Götz von Berlichingen sagen und mit dem märkischen Selbstschutz antworten: „Der Selbstschutz bleibt bestehen, solange wir das für nötig halten."

Der „Vorwärts" verkündet es jetzt schon, daß „wir Sozialdemokraten der angekündigten Verfügung der Regierung keine Schwierigkeiten bereiten werden." Das war dann der ganze Zweck der Uebung. Sollte sich aber herausstellen, daß Eberts Verfügung auf dem Papier bleibt (natürlich nur für die echte Orgesch!), so empfiehlt der „Vorwärts" den schlesischen Arbeitern die Wiederholung des Winzerschen Rezepts. Die schlesischen Arbeiter können sich ja solche Experimente leisten, sie sitzen weit vom Schuß wie die „Vorwärts"-Redakteure in Berlin. Jeden Tag kann die Orgesch in Schlesien losschlagen — und sie wird losschlagen! —, die schlesischen Arbeiter haben also reichlich Zeit und können sich schon mal ein paar Experimente leisten.

Die Zukunft mag es lehren, ob die sozialdemokratischen Arbeiter Schlesiens endlich diesen faustdicken Schwindel durchschauen.

Für die schlesischen Arbeiter, die einen proletarischen Selbstschutz forderten und diese republikanische Totgeburt dafür erhielten, hat es sich doch wahrlich nicht um irgendwelche Spielerei gehandelt. Die schlesischen Arbeiter fordern eine organisierte Bewaffnung, um gerüstet zu sein, wenn eines Tages die bewaffneten Orgeschbanditen aus Oberschlesien zurückfluten, **das ist der Kern der Forderung der Breslauer Arbeiter.**

Wenn heute Ebert eine Verordnung herausgibt und die Organisationen Escherich im Lande sich wirklich auflösen sollten, so stehen doch in Oberschlesien noch zehntausende solcher reaktionärer Banditen bis unter die Zähne bewaffnet. **Diese bilden gerade die Gefahr, gegen die sich die Breslauer Arbeiter rüsten und bewaffnen wollen.**

Und welcher Arbeiter wäre so naiv, zu glauben, daß der Selbstschutz, der jetzt in Oberschlesien mit schwarz-weiß-roten Fahnen und Hakenkreuzen demonstriert, Arbeiter verprügelt und sozialdemokratische Führer totschlägt, seine Waffen hergibt und sich auflösen läßt auf Grund eines Fetzen Papiers, den Ebert beschrieben hat? Wer sollte überhaupt so stark sein, diesen oberschlesischen Selbstschutz aufzulösen? General Hoefer selbst hat zugegeben, daß die oberschlesischen Freikorps an Zahl die Truppen der Entente in Oberschlesien übertreffen.

Ebert müßte erst ein paar Reichswehrregimenter schicken, wenn er das überhaupt könnte.

Die Arbeiter sehen, daß es mit einem republikanischen Selbstschutz, mit einem neuen Orgeschverein, nicht geht. Das sind Potemkinsche Dörfer, die die Reaktion selbst nicht für echt nimmt.

Es kann sich auch für die Arbeiter nicht darum handeln, große Experimente mitzumachen. Die schlesischen Arbeiter, die der Gefahr so nahe sitzen, können sich solche Scherze nicht leisten.

Und wenn sich die Mache und Genossen einbilden, daß die Regierung Wirth jetzt gegen die Orgesch durchgreifen wird, nachdem ihr die Breslauer Sozialdemokraten bewiesen haben, daß die Arbeiter ein gleiches Recht für sich beanspruchen, so täuschen sie sich. Die Regierung Wirth kann gar nicht gegen rechts vorgehen, weil sie sich ins eigene Fleisch schneiden würde. Die großen Reden Wirths sind nur Phrase, berechnet auf die indifferente Masse. Taten werden nie folgen.

Die Reaktionäre werden ihre illegalen Kampforganisationen niemals auflösen und wenn Ebert noch soviel Verordnungen herausbringt.

Die „Deutsche Tageszeitung" spuckt Feuer und Schwefel gegen den Breslauer Selbstschutz. Aus dieser echten Empörung sieht man, wie die Reaktionäre das Recht sich selbst zu schützen, nur für sich selbst beanspruchen. Das reaktionäre Blatt fordert die **sofortige** Auflösung des Breslauer Selbstschutzes.

Wir wissen nicht, ob das angekündigte Verbot die Folge dieser reaktionären Wutgeheule ist. Die Arbeiter können aber jetzt schon sehen, daß die Reaktionäre auf Eberts kommende Verordnung pfeifen werden.

Was werden nun die Breslauer Arbeiter tun?

Ihre Bonzen werden ihnen natürlich raten, den Selbstschutz fahren zu lassen. Die Sozialdemokraten sollen wieder einmal im Erfüllen der Gesetze als gute Staatsbürger vorangehen. Und bei dem Einfluß, den die Bonzen immer noch bei den sozialdemokratischen Arbeitern haben, wird man über den Ausgang dieses Hornberger Schützenvereins nicht im Zweifel sein können.

Dem **republikanischen** Selbstschutz ist keine Träne nachzuweinen.

Aber die Arbeiter dürfen auf keinen Fall mit diesem republikanischen Selbstschutz ihre Forderung nach Selbstschutz überhaupt unter den Tisch fallen lassen.

Die reaktionäre Gefahr lauert im Osten. Sie wird durch keine papierne Verordnung beseitigt. Die Arbeiter müssen in den Gewerkschaften den **proletarischen** Selbstschutz und von den Gewerkschaften die **Bewaffnung** des Proletariats fordern. Es wird zu bewaffneten Zusammenstößen mit den reaktionären Banditen kommen, die gar nicht daran denken, sich auflösen zu lassen.

Für diese Kämpfe müssen ganz besonders die schlesischen Arbeiter gerüstet sein. Denn die Orgesch wird nur durch die Arbeiter entwaffnet, die Reaktion niedergeworfen durch den proletarischen Selbstschutz.

Umtriebe der Orgesch in Oberschlesien.

Wir sind in der Lage, auf Grund von Dokumenten den Nachweis zu erbringen, daß die Selbstschutzorganisation Oberschlesiens, die angeblich einen rein oberschlesischen Charakter trägt, im engsten Zusammenhang mit der Orgesch steht. Der ganze Selbstschutz kann als eine reine Orgeschangelegenheit im engsten Sinne des Wortes betrachtet werden, da die Truppen des Generals **Höfer** von den Orgeschleuten finanziert, verpflegt und mit Nachschub versorgt werden.

Neben der bayrischen Orgeschzentrale besteht bekanntlich eine Orgeschfiliale in Berlin. In dieser Filiale arbeitet ein Hauptmann **Guth**, der sich auch an der Front betätigt. Sein Büro in der Pension **Gerlach**, Kleiststraße 23, wird zwar von Kriminalbeamten besucht, aber nur zu dem Zweck, um Guth vor Ueberraschungen zu sichern. Die Orgeschfiliale Berlin gibt regelrechte Tagesbefehle an ihre Truppen heraus. In einem ist z. B. die Rede davon, daß für die oberschlesische Front ehemalige Generalstabsoffiziere für die Unterabschnitte gewonnen werden müssen, und daß sich diese Offiziere bei der Provinzialleitung Schlesien der Orgesch melden sollen. Das Büro der Orgesch in **Breslau** steht unter dem Schutze „verfassungstreuer" Reichswehrsoldaten. Ihr Leiter ist Major **von Hepke**, Breslau, Classenstraße 6, sein Adjutant Oberleutnant **von Wietersheim**. Diese Stelle wirbt ständig Leute an und läßt sie sich von den rückwärtigen Etappen in Berlin, Hamburg, Rostock usw. zusenden. Wir sind in der Lage, dazu folgendes Dokument zu veröffentlichen:

„Ausweis für Oberleutnant der Landwehr Emil Baselau, Berlin N 65, Malplaquetstraße 18.

Herr Baselau wird gemäß telegraphischer Anforderung nach Breslau überwiesen. Meldung bei Herrn Major v. Hepke, Breslau, Classenstr. 6. Um Ankunftsbescheinigung wird gebeten.

Dieser Ausweis ist bei der Ankunft Herrn Major v. Hepke abzugeben.

Baselau ist mit einer Fahrkarte dritter Klasse und Löhnung vom 15. bis 18. Juni 200,— M. abgefunden."

Neben dem bayerischen Freikorps „Oberland" befindet sich an der oberschlesischen Front die berüchtigte Truppe des Leutnants **Roßbach**, zusammengezogen aus der „Arbeitsgemeinschaft Roßbach", die bekanntlich eine sehr harmlose wirtschaftliche Einrichtung zur Unterbringung armer nationalgesinnter Soldaten auf pommerschen und mecklenburgischen Gütern darstellt.

Die Behörden, vor allem die **Post**, stehen vollständig im Dienst des militärischen Unternehmens. Sie hat eine richtige Feldpost eingerichtet, der nur die Portofreiheit des Absenders fehlt, um der im Kriege zu gleichen. Die Briefe werden bis in das Kampfgebiet hinein befördert und tragen statt einer genauen Adresse etwa die Aufschrift: Herrn Hauptmann . . ., dritte Abteilung von . . ., 2. Hundertschaft. Die Post, die sich weigerte, ein Telegramm an unsere Organisationen über Demonstrationen der Arbeiterschaft zum Protest gegen die Ermordung von Gareis zu befördern, kommt also dem Selbstschutz sehr weit entgegen.

Ueber den **Sanitätsdienst** unterrichtet folgende Anweisung:

Berlin, den 8. Juni 1921.

Folgende Anordnung des S. O. O. S. zur Kenntnis.

Im Lazarett (Krankenhaus) erhält der Mann 50 M. Löhnung, daneben werden die Kosten für Verpflegung, ärztliche Behandlung, Arzneien, Ausstellen ärztlicher Zeugnisse usw. an das Krankenhaus gezahlt. Die Zahlung der Löhnung sowohl als auch die Zahlung der Arzneien pp. Kosten haben für die Krankenhäuser im Abstimmungsgebiet die Gruppenintendanturen zu übernehmen. Die Gruppenintendanturen reichen die Kostenrechnungen der Krankenhäuser über ärztliche Behandlung, Arzneien, Ausstellen ärztlicher Zeugnisse, Röntgenaufnahmen pp. nach Bezahlung stets umgehend an die Zentrale ein. Die Zentrae (4a Intendantur) ihrerseits muß die Kosten bei der Reichsversorgungsanstalt anfordern. Die Gruppenintendanturen werden um die Beträge dieser eingereichten Rechnungen in ihren Vorschüssen entlastet Die Bezahlung der Löhnung und ärztlichen Kosten an die in Krankenhäusern außerhalb des Abstimmungsgebietes befindlichen Kranken übernimmt die Zentrale. Für Breslau ist Regelung bereits erfolgt. In jedem Falle sind die Kranken und Verwundeten von ihrer Truppe mit einem Ausweis über ihre Abfindung zu versehen. Die Gruppen haben beschleunigt hierher mitzuteilen, in welchen Krankenhäusern bis jetzt Kranke und Verwundete eingeliefert worden sind.

J. A. gez. **Guth**.

Wir begnügen uns für heute mit diesen Feststellungen. Sollten unsere Mitteilungen der **Regierung**, insbesondere den **Staatsanwälten**, noch nicht genügen, so sind wir gern bereit, nähere Anhaltspunkte an Hand zu geben. Insbesondere geben wir gern Aufschluß über die militärische Organisation der Orgesch im Reiche und ihre oberschlesische Filiale im besonderen. Oder ist den Behörden schon bekannt, woher die Geschütze und Panzerzüge stammen, über die der bewaffnete Selbstschutz in Leobschütz, in Ratibor und anderen Orten verfügt? Ist ihnen die Radfahrabteilung des Freiherrn von Richthofen bekannt? Doch genug für heute.

Die deutsche Arbeiterschaft weiß, welche Gefahren ihr von der Orgesch drohen. Da die Regierung nichts gegen diesen Selbstschutz unternimmt, ihn vielmehr duldet und unterstützt, und dazu die Oeffentlichkeit irreführend informiert, so sind die Arbeiter gezwungen, mit eigenen Mitteln dieser Gefahr entgegen zu treten. Die Arbeiterschaft muß durch ständige Beobachtung aller Truppenverwendungen und durch aktive Hinderung des Zuzugs ihre Pflicht der Selbsterhaltung gegen die Orgeschkonterrevolution erfüllen.

Die Arbeiter sehen, wie notwendig der Zusammenschluß des gesamten Proletariats zu einem proletarischen Selbstschutz ist, um der drohenden Gefahr der Reaktion gerüstet gegenüberzutreten.

Bewaffnung der Arbeiter!

Entwaffnung der Orgesch!

Das sind die Parolen der Stunde!

An die deutschen Bergarbeiter!
An das deutsche Proletariat!

Eine Welle des schärfsten Klassenkampfes geht durch die gesamte kapitalistische Welt. Ueberall sucht das Kapital auf Kosten des nacktesten Lebens der Arbeiterklasse seine zerrüttete Herrschaft neu zu festigen. Massenarbeitslosigkeit, Massenelend, bitterste Not und Verzweiflung beim Proletariat sind die Gegenpole von Riesenprofiten, maßlosem Luxus und rücksichtsloser Produktionssabotage bei der Kapitalistenklasse.

Seit dem 1. April stehen die

englischen Bergarbeiter geschlossen in dem heroischen Abwehrkampf

gegen den Abbau ihrer kärglichen Löhne. Die englischen Grubenproletarier wissen genau, was für sie, was für die gesamte englische Arbeiterklasse, was für das gesamte Proletariat der Welt auf dem Spiele steht. Sie wissen nur zu genau, daß

ihrer eigenen Niederwerfung die Niederwerfung aller übrigen Arbeiter in England wie auf dem Kontinent folgen muß.

Darum harren sie mit zusammengebissenen Zähnen mutig im Kampfe aus. Nach 10 Wochen unsagbarer Entbehrungen beschlossen sie gegen den Willen ihrer Führer, die sie zur Unterwerfung unter das Diktat des Grubenkapitals zu bewegen suchten,

mit 432 460 gegen 183 000 Stimmen

also mit über Zweidrittelmehrheit,

den Streik fortzusetzen.

Seitdem sind weitere zwei Wochen verstrichen, und noch immer tobt der Kampf.

Noch immer stehen die Reihen der englischen Bergsklaven unerschüttert da.

Und das, obwohl die eigenen Führer wie die Führer der anderen englischen Gewerkschaftler sie schnöde im Stich ließen, obwohl ihre schwierige Kampfesstellung durch die Zufuhr deutscher Kohle ständig durchbrochen wurde.

Die Gewerkschaftsführer in England fahren fort, die Kampfentschlossenheit der Bergarbeiter zu unterminieren.

Der Bergarbeiterführer Frank Hodges malt zur Freude des Grubenkapitals die Möglichkeit der Niederlage der englischen Grubensklaven auf dem Kongreß der englischen Arbeiterpartei frivol an die Wand

Der Kongreß selbst lehnte nach vorliegenden Pressemeldungen mit 1 400 000 gegen 200 000 Stimmen den Antrag auf Beitritt der Arbeiterpartei zur Roten Internationale ab und zeigte damit, daß er trotz aller bitteren Erfahrungen, die die englischen Bergarbeiter machen mußten, und die alle übrigen Arbeitergruppen ebenfalls bald werden machen müssen, noch keinerlei Verständnis hat für die Unausweichlichkeit des Entscheidungskampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat, daß er zugunsten des Kapitals erneut die Interessen der Bergarbeiter zu opfern gewillt ist.

Deutsche Bergarbeiter! Deutsche Proletarier!

Soll die beispiellose Ausdauer,

soll die noch ungebrochene Siegeszuversicht der englischen Kohlenarbeiter zuschanden werden?

Wollt ihr, obwohl selbst bereits durch die Geißel des Lohnabbaus und der Arbeitszeitverlängerung bedroht, eure heldenhaften englischen Vorkämpfer durch euer Schweigen, durch eure Untätigkeit schmählich niederringen lassen?

Wollt ihr weiter dulden, daß das englische Grubenkapital den heldenmütigen Streikenden immerfort den Trumpf der von euch geförderten deutschen Streikbrecherkohle ausspielen kann?

Erkennt ihr nicht, daß die Niederlage der englischen Grubenarbeiter auch eure eigene Niederlage sein wird? Wollt ihr, daß, wenn ihr morgen ebenfalls den Kampf gegen die deutschen Grubenkapitalisten aufzunehmen gezwungen seid, die englischen Bergarbeiter ihrerseits zu Streikbrechern an euch werden?

Deutsche Bergarbeiter, ihr müßt selbst gegen den Willen eurer Führer endlich die in den Staub getretene Fahne der internationalen Solidarität wieder erheben. Ihr müßt dem Beispiele eurer englischen Kollegen folgen, ihr müßt praktische proletarische internationale Solidarität üben.

Wenn der Deutsche Bergarbeiterverband weiter schmählich versagt, wenn die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale weiter leere Worte macht, dann müßt ihr eben selbst handeln. Eure proletarische Ehre steht auf dem Spiele. Sie muß sich endlich

aufbäumen gegen die Zumutung, Verräterdienste gegen eure englischen Berufskollegen zu leisten.

Nehmt unverzüglich allerorts in Versammlungen Stellung zu dem heldenmütigen Riesenkampf eurer englischen Brüder! Unterstützt sie in ihrem gewaltigen Ringen! Veranlaßt sofort die Einberufung einer Konferenz, an der alle Bergarbeiterorganisationen teilnehmen. Sorgt dafür, daß dort eine aktive Unterstützung eurer englischen Klassengenossen beschlossen wird. Eure tatkräftige Solidarität muß eingeleitet werden durch

einen Sympathiestreik von mindestens zweitägiger Dauer.

Bergarbeiter, rettet das deutsche Proletariat vor dem Schandmal des internationalen Streikbruchs!

Transportarbeiter, Eisenbahner, verhindert den Transport deutscher Streikbrecherkohle nach England! Schafft euch Garantien, daß die nach Frankreich gelieferte Reparationskohle nicht zu Verratszwecken Verwendung findet! Erzwingt die Kontrolle über den Verbleib der von euch geförderten Kohle!

Es lebe die internationale Klassensolidarität aller Schaffenden!

Es lebe der Kampf, es lebe der Sieg unserer englischen Klassenbrüder!

Die Reichsgewerkschaftszentrale der VKPD.

Die Menschewisten kneifen, wenn Ebert befiehlt.

Infolge des Beschlusses des Breslauer Bezirksausschusses, der die Orgesch legalisiert, hatten einige Breslauer Sozialdemokraten zur Gründung eines proletarischen Selbstschutzes aufgerufen. Darob großes Toben der Deutschnationalen und eine etwas plötzliche neue Verordnung Eberts, welche die Auflösung sämtlicher Selbstschutzverbände verfügt.

„Freiheit" und „Vorwärts" erklären diensteifrig, daß selbstverständlich durch diese Verordnung auch der erst geplante noch gar nicht verwirklichte Selbstschutz der Breslauer Arbeiter getroffen würde. Sie wollen der Regierung keine Schwierigkeiten bereiten, trotzdem sie ganz genau wissen, daß die Orgesch Möglichkeiten genug hat, ein illegales Dasein zu fristen.

Während aber der „Vorwärts" noch die Drohung mit dem proletarischen Selbstschutz für den Fall aufrecht erhält, daß die Verfügung Eberts nur auf dem Papier bleibt oder von den Gerichten einfach für ungültig erklärt und praktisch außer Kraft gesetzt wird, erklärt die „Freiheit", daß man die Wirkung der Verordnung des Reichspräsidenten erst einmal abwarten müsse. Das „revolutionäre" Hilferding-Organ bringt es fertig, in demselben Artikel den Klassencharakter der heutigen Gerichte, die über die Orgesch nur im Sinne der „Deutschen Tageszeitung" entscheiden würden, anzugreifen und doch die Arbeiter aufzufordern, auf dem Wege der Gesetzlichkeit zu verharren, da die Justiz durch ihre Entscheidungen über die Orgesch den illegalen reaktionären Organisationen bereits arge Schwierigkeiten bereitet habe.

Dieser klägliche Widerspruch kann nur erklärt werden durch die blasse Furcht, die die pazifistischen Führer der Unabhängigen sofort befällt, wenn sie etwas von Bewaffnung der Arbeiterschaft hören. Ihnen und der SPD. ist der Erlaß Eberts nur erwünscht. Sozialdemokratische und unabhängige Führer können jetzt kneifen; sie sind froh, daß sie jetzt dem Gedanken des proletarischen Selbstschutzes, der in den Reihen ihrer Anhänger immer mehr an Boden gewann, mit „gesetzlichen" Gründen entgegentreten können. Aber auf die Dauer wird es ihnen nicht gelingen, auch nicht mit Eberts Hilfe, den proletarischen Selbstschutz zu verhindern.

Das Ministerium für Wiederaufbau.

Der neue Minister des Wiederaufbauministeriums Dr. Rathenau sagte in seiner Antrittsrede am 2. Juni 1921: „Ich bin fest entschlossen, von diesem Arbeitsgebiet alles das fern zu halten, was auch nur von weitem an Schieberei und Reparationsgewinnlerei erinnert." Uns will scheinen, daß die Absicht gut ist, aber uns fehlt der Glaube, daß Dr. Rathenau bei seiner Riesenarbeit des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete die Reparationsgewinnler und -Schieber sich vom Halse halten kann. Es ist nicht zu verkennen, daß ungeheure wirtschaftliche Schwierigkeiten zu überwinden sind, um eine Form zu finden, wie Deutschland auf Grund des Friedensvertrages den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durchführen kann. Es haben bereits Verhandlungen mit den Gewerkschaften der beteiligten Länder stattgefunden, allerdings scheint eine positive Lösung der Arbeiterfrage noch nicht erfolgt zu sein. Recht interessant ist, zu erfahren, daß Frankreich jetzt, wie es zum Teil aus der französischen Presse ersichtlich ist, ein sehr starkes Interesse an der Lösung der Wiederaufbaufrage durch Deutschlands Hilfe hat, und zwar aus politischen Gründen. Für jeden Beobachter der französischen Politik ist klar, daß der französischen Regierung das Hinauszögern des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete aus chauvinistischen Gründen nicht mehr möglich ist und daß sich eine starke Strömung in den zerstörten Gebieten bemerkbar macht, die die Regierung zwingen will, endlich ernsthaft an die Frage des Wiederaufbaues heranzugehen. Schwierigkeiten werden sich beim Wiederaufbau ergeben, wenn es gilt, die große Menge der französischen Aufkäufer zu befriedigen.

Wenn die deutsche Regierung die Absicht hat, die Reparationsgewinnler auszuschalten, wird sie unter allen Umständen dazu übergehen müssen, die privatkapitalistische Wirtschaft abzulösen und den Handel der für das zerstörte Gebiet notwendigen Materialien, Maschinen usw. selbst in die Hand zu nehmen. Allerdings scheint der Wiederaufbauminister Rathenau nicht die Absicht zu haben, den freien Handel auszuschalten, sondern er wird die bisherige privatkapitalistische Wirtschaft bestehen lassen. Er denkt scheinbar an eine Umstellung unserer Volkswirtschaft nicht und scheint selbst seine Sozialisierungspläne aufgegeben zu haben, was einer Kapitulation vor den Großindustriellen und den Rechtsparteien gleichkommt.

Es scheint uns ausgeschlossen, daß der Handel mit Frankreich durch Fachverbände unter Kontrolle einer Regierungsstelle durchgeführt werden kann. Der freie Handel, der bestehen bleibt, wird es stets verstehen, ungeheure Profite für sich herauszuschinden. So scheint uns die Kontrollstelle, die für den Handel zwischen Deutschland und Frankreich geschaffen werden soll, nicht geeignet zu sein, die Reparationsgewinnler auszuschalten, da die Kontrollstelle ja nur eine Vermittlungsstelle für Aufträge und Weiterführung der Aufträge an die zusammengeschlossenen Fachverbände sein soll.

Unter allen Umständen muß die Arbeiterschaft verhindern, daß so wie während des Krieges gewisse Kreise ungeheure Gewinne einstecken und die Arbeiterschaft ausbeuten. Wenn der Reichsminister für Wiederaufbau es ernstgemeint hat mit seinen Worten in der oben erwähnten Rede, daß die Schieberei und Aufbaureparationsgewinnlerei ausgeschaltet werden soll, dann muß er unter allen Umständen den freien Handel ausschalten und die heutige Volkswirtschaft umzugestalten verstehen. Es ist nicht zu verkennen, daß heute schon in allen Ecken des Reiches und auch in den einzelnen industriellen und Handwerkerkreisen ein starkes Wettrennen nach Aufträgen besteht. Wenn die Kontrollstelle des Wiederaufbauministeriums nur auf eine gerechte Verteilung nach Ländern und Ständen zu sehen hat, scheint auch hier die Frage nicht gelöst zu sein, denn die Reparationsgewinne sind damit noch nicht ausgeschaltet. Aus diesen Gründen fordern wir, daß die Gewerkschaften mit aller Macht darauf hinarbeiten, daß die Arbeiterschaft in dieser Frage ein Wort mitzureden hat. Die Arbeiterschaft muß unter allen Umständen verhindern, daß genau wie während des Krieges auf ihre Kosten neue Reparationsgewinnler ihr Schäflein ins Trockne bringen. Allerdings sind wir nicht so naiv anzunehmen, der neue Minister Rathenau werde grundsätzlich an dem heute bestehenden Wirtschafts- und Produktionssystem etwas ändern. Er wird genau so wie die übrigen Minister nach der Pfeife der großindustriellen Kapitalisten und Finanziers tanzen, weil er als Person dieses System nicht ändern kann, das nur durch den revolutionären Willen der Arbeiterschaft beseitigt werden wird.

Oberschlesien.

Zwischen der interalliierten Kommission und dem General Höfer ist eine Verständigung über den Räumungsplan erzielt worden. Die Räumung soll so erfolgen, daß bis zum 28. Juni die Polen bis zur Zone Gleiwitz-Beuthen zurückgehen, während der Selbstschutz bis zum 30. Juni ein entsprechendes Gebiet zu räumen hat. Eine weitere Räumungsetappe ist am 2. und 3. Juli einzuhalten. Bis zum 5. Juli ist sowohl von den Polen als auch vom deutschen Selbstschutz ganz Oberschlesien bis zur Grenze zu räumen.

„Rote Hilfe" und KAPD.

„An die revolutionären Proletarier" wendet sich ein Flugblatt, das unterzeichnet ist von der Kommunistischen Arbeiter-Partei, Allgemeine Arbeiter-Union und der Kommunistischen Arbeiter-Jugend. In diesem Flugblatt teilen diese Körperschaften mit, daß sie sich von dem Hilfswerk „Rote Hilfe" zurückgezogen haben. **Erstens, weil die VKPD. diesen Organisationen nicht die paritätische Vertretung, sondern nur ein Kontrollrecht zugestanden habe und zweitens, weil die VKPD. ablehnt, daß die Entschädigung für die in der „Roten Hilfe" tätigen Genossen aus den Geldern ausgezahlt wird, die durch Sammlungen für die „Rote Hilfe" aufgebracht werden.**

Im Flugblatt wird behauptet, daß die VKPD. die „Rote Hilfe" als einen ihr zur Verfügung stehenden Parteiapparat betrachtet und sie so ihrem wahren Zwecke entziehe. Diese Behauptung entbehrt jeder berechtigten Grundlage. Nicht einen einzigen Fall konnten die Vertreter der KAPD. in den gemeinschaftlichen Sitzungen als Beweis dafür anführen, daß die VKPD. ihre größere Vertretung in den Komitees der „Roten Hilfe" etwa dazu benutze, Mitglieder anderer Parteien mit geringeren Unterstützungen abzufinden oder sie sonst zurückzusetzen.

Es ist nicht wahr, daß die VKPD. der KAPD. nur ein Kontrollrecht zugestanden habe, sondern deren Vertreter hatten volles Beratungs- und Stimmrecht in den Komitees.

Es ist ferner nicht wahr, daß ein Vertreter der Exekutive der KAP. Parität bei der Besetzung der Komitees zugestanden habe. In den Sitzungen, in denen unter Beisein eines Vertreters der Exekutive zwischen VKPD. und KAPD. wegen der Gründung der „Roten Hilfe" verhandelt wurde, ist festgelegt worden, daß der KAPD. zwei Vertreter und der VKPD. drei Vertreter zustehen sollten. Damit haben sich auch die Vertreter der KAPD. einverstanden erklärt, bis sie jetzt, ohne auch nur einen triftigen Grund dafür anführen zu können, die Forderung auf Parität stellen. Da die KAPD. in vielen Bezirken Deutschlands so gut wie gar keine Mitglieder aufzuweisen hat, so war die Ablehnung ihrer Forderung auf Parität vollauf berechtigt.

Die Entschädigung für die in der „Roten Hilfe" tätigen Genossen aus den gesammelten Geldern wurde von der VKPD. abgelehnt, weil die Gelder in vollem Umfange den Opfern zugänglich gemacht werden sollen. Die für die „Rote Hilfe" tätigen Genossen sollen von den Parteien entschädigt werden, denen sie angehören. Das wurde selbst von den Mitgliedern der KAPD. in einer Sitzung des Zentral-Komitees „Rote Hilfe" verlangt und erst als entsprechend ihrem Antrage so beschlossen war, verlangten sie wieder eine Beseitigung dieses Beschlusses. Das hat die VKPD. abgelehnt.

Warum trat also die KAPD. aus dem Hilfswerk „Rote Hilfe" aus? Nur aus den beiden nichtigen Gründen. Sie können nicht einen einzigen Fall anführen, daß durch den bestehenden Zustand die Interessen der hilfsbedürftigen Proletarier in irgend einer Weise benachteiligt worden sind.

Die Vertreter der KAPD. haben im Gegenteil diese Interessen der „Roten Hilfe" aufs schwerste geschädigt.

Die „Rote Hilfe" wird, trotz des Austritts der Vertreter der Kommunistischen Arbeiter-Partei und der allgemeinen Arbeiter-Union, die kämpfenden Arbeiter, die durch die Blutjustiz in die Gefängnisse geworfen sind oder die von den Blutschergen verfolgt werden, nach wie vor unterstützen, welcher Partei sie auch angehören mögen.

Wir ersuchen die Arbeiter, in Anbetracht der ungeheuren Zahl der verfolgten und eingekerkerten Kämpfer und ihrer Angehörigen, sich opferwillig in den Dienst des Hilfswerks „Rote Hilfe" zu stellen und überall, wo Arbeiter zusammen sind, die Sammellisten zirkulieren zu lassen und Lebensmittel und Kleidungsstücke zu sammeln.

Helft den Gefangenen und Verfolgten!

Zum dritten Kongreß.
Die erste Vollsitzung.

Moskau, 23. Juni.

Kamenjew begrüßt den Kongreß namens der Moskauer Sowjets. Vaillant-Couturier begrüßt die russische rote Armee. Fröhlich erklärt, daß die deutschen Kommunisten trotz der Sondergerichte bis zum Sieg kämpfen werden. Genari erinnert an Serrati, welcher als Verräter der Weltrevolution entlarvt ist. Tomassi bespricht die französische Gewerkschaftsbewegung. Die französischen Arbeiter widersetzen sich den Führern, die mit der Bourgeoisie Kompromisse eingehen. Sie glauben nicht mehr den demokratischen Hirngespinsten und folgen dem Beispiel Moskaus. Es sprachen noch Kolaroff-Bulgarien, Togutschin-Japan, Montignano für die Kommunistische Jugend. In das Präsidium wurden gewählt Sinowjew, Koenen, Loriot, Gennari, Kolaroff. Zu Ehrenvorsitzenden wurden Lenin, Trotzki und die eingekerkerten Genossen Brandler, Muna und Jukpin gewählt.

Die internationale Konferenz kommunistischer Frauen.

Nach fünftägiger Beratung wurde die internationale Konferenz kommunistischer Frauen am Freitag geschlossen. Es wurde beschlossen, dem 3. Kongreß der kommunistischen Internationale verschiedene Thesen für die kommunistische Arbeit unter den Frauen vorzuschlagen. Eine von Alexandra Kolontai ausgearbeitete These entwickelt die hauptsächlichsten Methoden und Formen dieser Arbeit und legt den kommunistischen Parteien die Pflicht auf, spezielle Organe für diese Arbeit einzusetzen. Alle Parteisektionen werden Frauenkomitees haben, denen die ganze Arbeit betreffs Agitation, Organisation, Erziehung unter den Frauen obliegen wird. Innerhalb der Parteien wird es keine besonderen Frauenorganisationen geben, sondern nur besondere Organe für diese Spezialarbeit unter den Frauen, unter der Kontrolle und Führung der Partei. Diese Komitees werden Freiheit des Handelns erhalten, um fähig zu sein, die möglichst besten Methoden auszuarbeiten. Die These entwirft die Formen und Methoden für die Propaganda, die von den Frauen geführt werden kann, um die Tätigkeit der Partei wirksam zu gestalten. Der Kongreß wendet sich in einem Manifest an die Rote Gewerkschaftsinternationale und fordert sie auf, die Arbeit unter den Industriearbeiterinnen zu fördern.

Nach der Beendigung der Konferenz zogen die Delegierten zu den Gräbern der Helden der Revolution. Am Grabe Augusta Jansens sprach Jeanette Oken im Namen der norwegischen Partei. Bei dem Kongreß waren 28 Länder durch 87 Delegierte vertreten.

Der Lügenfeldzug gegen Sowjetrußland.

Aus Moskau wird gedrahtet:

Verschiedene kapitalistische Organe bringen zum Abdruck oder erwähnen einen angeblichen Brief des Gehilfen des Volkskommissärs für Finanzwesen Preobraschenski an den Offizial bei der russischen Delegation in Berlin Reich. In diesem Briefe soll Preobraschenski von dem allgemeinen Haß gegen Dscherschinsky, der hoffnungslosen Unfähigkeit der Sowjetbürokratie usw. gesprochen haben. Preobraschenski erklärt dazu selbst: „Ich habe niemals einen Brief an Reich geschrieben. Ich habe niemals Dscherschinsky angegriffen, auch nicht in Briefen. Alle anderen mir zugeschriebenen Äußerungen sind so unsinnig, daß ich sie überhaupt nicht zu widerlegen brauche." Diese Fälschung ist ein neues Beispiel der antibolschewistischen Lügenepidemie, die jetzt in Europa wütet.

Der „Kommunistenputsch“ der Erwerbslosen.

Wie immer, wenn es darauf ankommt, durch Taten das Interesse der Arbeiter zu verfechten, versuchen auch jetzt wieder bei der Arbeitslosenfrage die Menschewisten und Amsterdamer aller Schattierungen die Arbeiterschaft durch eine ekelhafte Kommunistenhetze von dem Kern der Sache abzulenken. Doch alle Lügen und Verleumdungen können nichts an der Tatsache ändern, daß die Gewerkschaftsleitungen aus Feigheit und Kapitalsdienerei bisher alles versäumt haben, um auch nur den Anfang einer ernsthaften Aktion für die Arbeitslosen zu machen.

Im nachfolgenden bringen wir eine **Einsendung des Reichsausschusses der Erwerbslosen zum Abdruck**, die eine sachlich einwandsfreie und chronologische Darstellung von den bisherigen Vorgängen gibt. Wenn „Vorwärts“ und speziell die „Freiheit“ neuerdings auch gegen den Reichsausschuß der Erwerbslosen hetzen und die Arbeiter auffordern, von „jenen gewissenlosen Elementen abzurücken“, so werben sie damit wenig Erfolg haben, denn sowohl der erweiterte wie auch der engere Ausschuß sind von allen Arbeitslosen selbst gewählt und aus Vertretern der verschiedenen Parteien zusammengesetzt. Wenn dabei die Mehrzahl Kommunisten sind, so bestätigt das aufs neue die Tatsache, daß die Erwerbslosen mit Recht in den Kommunisten die einzige Parteirichtung sehen, die energisch für ihre Interessen eintreten. Die menschewistischen Blätter beweisen mit ihrer Hetze nur, daß sie grundsätzlich jede zielbewußte Aktion zugunsten der Arbeitslosen bekämpfen, weil sie fürchten, es könnte zu dem von ihnen gescheuten Kampf kommen. Doch lassen wir den Erwerbslosenrat selbst sprechen. Er schreibt:

„Ein großer Kommunistenputsch unter Mißbrauch der Erwerbslosen in Sicht,“ so schallt es durch die ganze bürgerliche und menschewistische Presse. Am 20. Juni beginnen die moskowitischen Umstürzler ihre Arbeit. Und wer wollte diesen Nachrichten nicht glauben, man hatte es ja schwarz auf weiß. Ein geheimes Rundschreiben entdeckt, so meldeten die rechtssozialistischen VPM., und sensationslüstern wird diese Neuigkeit von den Zeilenschindern aller Schattierungen durch die Presse geschleift. Von der „Deutschen Tageszeitung“ bis zur „Freiheit“ ertönen ängstliche Warnrufe, Kommune und Gewerkschaften mögen auf der Hut sein, denn den Moskauern ist alles zuzutrauen. O, ihr armseligen Kreaturen, wollt ihr uns geeint verraten, oder seid ihr ganz der Wirklichkeit entrückt. Das entdeckte staatsgefährliche Rundschreiben ward so geheim von uns gehalten daß wir es in einer Auflage von über hundert Stück in offenen Kuverts als Drucksachen versandt haben.

Monatelang haben sich die Erwerbslosen nicht mehr gerührt, alle ihre Forderungen haben sie zugunsten der 10 Forderungen des ADGB. zurückgestellt, in der Meinung, ihre Sache liege nunmehr in den besten Händen. Als man aber nichts mehr von diesen 10 Forderungen zu hören bekam, als sie völlig vergessen schienen, da wurden wieder die Stimmen der im Elend steckenden Arbeitslosenmassen aus allen Teilen des Reiches laut. Sie wollten wissen, was mit den 10 Forderungen geschehen ist, denn ihr Elend ist nicht mehr zu ertragen. Statt einer Antwort kündet der Reichsarbeitsminister den endgültigen Abzug der Winterbeihilfe zum nächsten 1. an. Also noch schlechter soll es ihnen gehen. Die Erwerbslosenvertreter werden bestürmt, es muß unbedingt etwas geschehen, um zu verhindern, daß die Hungergroschen der Erwerbslosenunterstützung nicht noch gekürzt werden. Ziel- und planlose Teilaktionen treten ein.

Die Erwerbslosenvertreter beraten gemeinsam, was geschehen soll, sie beschließen eine einheitliche Demonstration der Erwerbslosen im ganzen Reich, um so dem ADGB. zu zeigen, daß die Arbeitslosen an seine 10 Forderungen fieberhaft interessiert sind und ihm in seinen Bemühungen den Rücken stärken wollen. Dies wird den Gewerkschaften rechtzeitig mitgeteilt, im Reiche werden die Aufrufe zur Demonstration vielfach von den Gewerkschaftskartellen mit unterzeichnet, desgleichen von den sozialistischen Parteien. Anders dagegen in Berlin und einigen anderen Städten, wo die Väter der Gewerkschaften sitzen, diese geben uns auf unsere schriftliche Mitteilung keine Antwort.

Indessen setzt die Eingangs erwähnte Hetzkampagne gegen die Arbeitslosen ein. Es wird auf vorhergegangene kleinere Demonstrationen Bezug genommen, die Arbeitslosen werden als Verbrecher und Radauelemente bezeichnet, in Arbeit stehende Klassengenossen werden aufgefordert, sich zu bewaffnen, um das Gewerkschaftshaus zu beschützen. Wir kennen nicht alle Einzelheiten, die bei der Demonstration der Bauarbeiter am Dienstag, den 14. d. Mts., vorgekommen sein sollen, sind auch nicht für sie verantwortlich, aber fest steht doch, daß weder etwas geraubt noch jemand verletzt wurde. Aber auch diese Vorwände und Absichten der Gewerkschaften haben wir in weitestem Maße berücksichtigt, wollten wir doch nichts mehr und nichts weniger, als aus berufenem Munde zu hören, was für die Arbeitslosen getan worden sei, und was weiter getan werden soll. Die Demonstration sollte ausgefüllt werden mit der Entgegennahme des Berichts über die 10 Forderungen des ADGB. Hierzu brauchten wir nicht das Gewerkschaftshaus, wir beschlossen, mit den Arbeitslosen nach dem Mariannenplatz zu marschieren.

Dies teilten wir dem ADGB. mit der Bitte mit, er möge dort die Vertreter hinsenden, die den Arbeitslosen berichten sollen. Außerdem wurde eine Kommission entsandt, die wiederum den Bund bat, Vertreter nach dem Mariannenplatz zu entsenden. Es wurde den Herrschaften persönlicher Schutz zugesichert, und zu diesem Zwecke waren Hundertschaften aus organisierten Arbeitslosen zusammengestellt, die die Vertreter des ADGB. umstellen sollten, um sie vor eventuellen Ausschreitungen oder persönlicher Angriffe einzelner Radauhelden zu bewahren. Aber trotzdem lehnte es der Bund ab, Redner nach dem Mariannenplatz zu senden, mit dem Bemerken, vor Unorganisierten spreche er nicht. Daß unter den demonstrierenden Arbeitslosen auf dem Mariannenplatz auch unorganisierte waren, wird niemand bestreiten; aber daß der übergroßte Teil organisiert war, können wir behaupten. Hatten wir uns doch speziell an die Arbeitslosen der einzelnen Gewerkschaften gewandt, die in langen Zügen erschienen waren. Desgleichen bestanden die 40 Erwerbslosenvertreter, die die Verhandlungen führten, aus langjährig organisierten Kollegen.

Ferner machen wir nochmals aufmerksam auf unsern Sonntagsaufruf in der „Roten Fahne“, der auch nur an die gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen gerichtet war.

Aber wozu diese lange Rechtfertigung, ist diese Ausrede des ADGB. nicht lächerlich? Waren bisher nicht immer die Organisierten die Führer der Arbeiterschaft? Sind nicht in allen Betrieben die organisierten Arbeiter gleichzeitig die Führer ihrer unorganisierten Kollegen? Und hat man nicht in allen Verhandlungen die Anwesenheit Unorganisierter gern gesehen, um sie von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen, damit sie vollwertige Mitglieder ihrer Organisationen werden? Oder will der ADGB. dadurch die Unorganisierten für seine Gewerkschaften gewinnen, indem er sie als Verbrecher, Mob und Radauelemente bezeichnet, mit denen er nicht in Berührung kommen will? War es je in der Arbeiterbewegung Brauch, daß Arbeiterführer es ablehnen, vor Arbeiter zu sprechen? Führer, die Furcht haben, vor Klassengenossen zu sprechen, deren Schuldkonto muß so groß sein, daß es Zeit wird, sie von ihrem Posten hinwegzuräumen.

Als die erbitterten Massen am Mariannenplatz die ablehnende Haltung der Gewerkschaftsbürokraten erfuhren, marschierten sie ohne Parole einmütig nach dem Gewerkschaftshaus. Auch hier hatten es die Gewerkschaftsführer in der Hand, jegliche Vorkommnisse zu verhindern, hätten sie die Arbeitslosen ruhig aufmarschieren lassen und vor ihnen das Wort ergriffen. Statt dessen fielen aus den Seiten die bereitgestellten Knüppelgarden über die ahnungslosen Arbeitslosen her. Dies steht einwandfrei fest und können wir jederzeit beeiden. Man stelle sich vor, mitten in der dichtgedrängten Menge wird jemand mit einem Revolver entdeckt. Andere schlagen mit Gummiknüppel und Eisenstangen ein. Die Attentäter werden umringt es werden Stimmen laut, schlagt die Schurken tot, sie wollen schießen. So entstand der Krawall im Gewerkschaftshaus, deren Urheber für die Gewerkschaftsbureaukratie natürlich die bösen Kommunisten waren, die wieder einmal auf Befehl von Moskau gehandelt haben.

O, nein, nicht die Kommunisten arrangieren solche Krawalle, sie sind vielmehr die einzigen, die solchen Ereignissen ernsthaft vorbeugen wollen. Die Kommunisten haben sich bis heute als einzige redlich bemüht, das Arbeitslosenelend zu bekämpfen.

Euch Gewerkschaftsbureaukraten aber sprechen wir das Recht ab, den Arbeitslosen Vorwürfe und Vorschriften zu machen, denn ihr habt bisher noch nichts für sie getan.

Seid ihr rechtzeitig mit den Arbeitslosen in Verbindung getreten? Habt ihr große Arbeitslosenversammlungen einberufen, um zu den Arbeitslosenproblemen Stellung zu nehmen. Habt ihr mit euren großen Verbänden in Stärke von 9 Millionen Mitgliedern irgendwelche durchgreifenden Maßnahmen zur Beseitigung des Arbeitslosenelends getroffen? Nein, nichts habt ihr bisher getan, dafür habt ihr die Vertreter der Arbeitslosen mit Kot beworfen und ihren unermüdlichen Kampf als kommunistisches Manöver hingestellt. Aber das möge euch gesagt sein, das Arbeitslosenelend ist ein Gespenst, das drohend vor euch stehen wird, bis etwas ernsthaftes zu seiner Linderung geschieht. Versagt ihr auch weiter, so wird der kapitalistische Zerstörungswurm, der die Lebenskraft weiter Schichten des Volkes bereits zerstört hat, auch die Gewerkschaften untergraben. Wir geben uns alle Mühe, die Arbeitslosen von wilden Verzweiflungsakten abzuhalten, **weil wir sehr wohl die Bedeutung und den Wert starker Gewerkschaften zu schätzen wissen.**

Die Arbeitslosen können sich aber allein nicht helfen. Die Gewerkschaftsführer sind berufen, nicht die Interessen der Kapitalisten und eines bankrotten Staates, sondern die Interessen des Gesamtproletariats, also auch der Arbeitslosen wahrzunehmen. Tun sie das nicht, so sind sie für alle Folgen verantwortlich. Und all ihr Schimpfen auf die Kommunisten ist nichts als widerliche Heuchelei.

Aber auch ihr Arbeitsbrüder in den Betrieben, auch euch gilt unsere Warnung. Auch ihr habt der Arbeitslosenfrage näher zu treten wie bisher, denn sie ist eure Schicksalsfrage. Verbindet euch fest mit den Arbeitslosen und kämpft so gemeinsam für die Erfüllung der 10 Forderungen des ADGB. und **zwingt eure Verbandsvertreter schleunigst alles zu tun, damit die Arbeitslosen von ihrem Elend befreit werden.**

Der Reichsausschuß der Erwerbslosenräte Deutschlands.

Die gesundesten Kinder der Welt.

„The Talker“ meldet: Die American Friends Relief Comitee, die gegenwärtig im Auftrage der Quäker (eine angelsächsische religiöse Sekte) in Rußland weilt, stellt in einer offiziellen Mitteilung fest, daß die gesündesten Kinder der Welt die russischen Kinder sind und daß die russischen Arbeiter und ihre Regierung kein Opfer für zu groß finden, um den Kindern alle Lebensnotwendigkeiten, Erziehung und Kultur angedeihen lassen zu können.

Gewerkschaftliches.

Wie die Arbeitslosen beschwindelt werden.

Am 16. Juni im Gewerkschaftshaus.

Knoll, der Vertreter des ADGB., vor den Arbeitslosen: „Ein Teil der Forderungen ist bereits erfüllt, das Reich hat auf unsere Veranlassung schon 1½ Milliarden für Wohnungsbauten ausgegeben. Die Folge ist, daß man mit Ausnahme von Berlin im ganzen Reich geradezu von einer Hochkonjunktur im Baugewerbe reden kann. (Stürmischer Widerspruch der versammelten Arbeitslosen.)

Knoll: Wenn ihr mir nicht glauben wollt, kann ich nichts machen, ich spreche aber doch nur eine Tatsache aus. Ich könnte euch durch Vorlegung einwandfreien Materials den Beweis für meine Behauptung erbringen, wenn ich vorher von dieser Veranstaltung benachrichtigt worden wäre.

„Der Grundstein“ Nr. 26. vom 25. Juni.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverband.

Feststellungsergebnis vom 6. Juni.

Berlin	46 075 Mitglieder	3270 Arbeitslose,
Frankfurt	33 684 Mitglieder	1889 Arbeitslose,
Leipzig	33 548 Mitglieder	1887 Arbeitslose,
Nürnberg	21 499 Mitglieder	1488 Arbeitslose,
Stutgart	17 031 Mitglieder	1344 Arbeitslose.

Wir veröffentlichen nur die größeren Städte aus der Tabelle im „Grundstein“, in der nur **organisierte** Arbeitslose aufgeführt sind. Die wenigen Ziffern werden aber schon genügen, um zu zeigen, wie die „Hochkonjunktur“ im Baugewerbe aussieht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Juni für die Beschäftigung im Baugewerbe der weitaus günstigste Monat ist. Nicht überall ist es möglich, die Leichtfertigkeit der Angaben der Gewerkschaftsführer so einwandsfrei und zahlenmäßig nachzuweisen. Aber wenn ein Vertreter des ADGB., der dazu noch ausdrücklich bemerkte, daß er beruflich mit diesen Dingen zu tun hätte, öffentlich behauptet, **daß außerhalb Berlins überall Hochkonjunktur herrsche**, obwohl feststeht, daß anderweitige Bezirke, wir nennen nur Nürnberg und Stuttgart, zum Teil prozentual **noch höhere Arbeitslosenziffern** aufzuweisen haben, so kann man ohne weiteres bestimmte Schlüsse auf den Wert aller derartigen Erklärungen ziehen. In der Praxis wissen ja die Arbeitslosen selbst, ob und wieviel von den Forderungen des ADGB. schon erfüllt sind, **denn weder die Zahl noch ihre Not hat sich verringert.**

Nachdem nun die faulen Erklärungen, daß schon sehr viel für die Arbeitslosen getan worden wäre, nicht mehr ziehen, greift man wieder zu dem alten, beliebten Mittel, indem man mit dem Ruf: „die Kommunisten wollen putschen,“ „die Kommunisten wollen die Gewerkschaften zerstören,“ die Arbeiterschaft vom Kampf zurückhalten will. Wir sind überzeugt, daß das Gros der Arbeiterschaft auch diesen Schwindel durchschaut und nach wie vor darauf besteht, daß **nur die Tat das Entscheidende** ist. Deshalb kann es für sie zunächst nur eins geben:

sofortige Aufnahme des Kampfes zur Durchführung der 10 Forderungen.

Ein holländisches Huldigungsgeschenk für Hölz.

Ein Amsterdamer Blumenhändler, der mit der revolutionären Arbeiterbewegung sympathisiert, hat laut „Tribune“ der holländischen kommunistischen Partei einen Kranz roter Rosen übergeben mit der Bitte, diese an Max Hölz weiter zu geben. Die Kommunistische Partei hat diesen Wunsch unter Beifügung eines Huldigungsschreibens an Hölz erfüllt.

Von den Verteidigern Max Hölz', den Justizräten Broh, Viktor Fränkl und Rechtsanwalt Hegewisch werden wir um Aufnahme einer Erklärung ersucht, in der Hölz energisch von der Sensationsmache, die ein Ludwig Bergmann in einer Broschüre mit seinem Namen und seiner Person treibt, abrückt. Außer theatralischen Phrasen enthalte die Broschüre unwahre Darstellungen über die Tätigkeit des zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Revolutionärs in Mitteldeutschland.

Weiter stellt die Erklärung fest, daß weder Franz Pfemfert und seine Frau, noch Otto Rühle revolutionäre Geister unterschlagen haben und in keiner Weise an der Verhaftung von Max Hölz beteiligt waren.

Die besessene Braut.

13] Von Konrad Loele.

Plötzlich fühlte sie einen leisen Stich im Leibe, anders als ihr gewöhnliches Hüftweh. Sie setzte sich unter einen Holunderstrauch, dessen schwarze Beerenstaude sich nach allen Seiten herunterbogen. Der Segen des Herbstes, der sie überall umgab, erinnerte sie an ihre eigene Fruchtbarkeit, und zum erstenmal regte sich in ihr ein mütterliches Gefühl. Diese Regung war süß, aber Frieda gab sich ihr nicht hin. Nein, es war viel notwendiger, sich zu ärgern. Das Leben war erbärmlich, fremde Leute patschten in ihrem Grase, die Maulseuche, ihre Krankheit, nun auch noch der verlorene Prozeß, und mit ihrer Mutter hatte sie sich auch verzankt, daß sie sich kaum nach Hause getraute. Sie war ein unglückliches, bemitleidenswertes Geschöpf, und wer war schuld daran? An diesem Abhang da hatte sie als Kind tausendmal mit dem elenden Paul gespielt; sie hatten auch, es ließ sich nicht leugnen, kindliche Hochzeiten angestellt, besonders Polterabende; denn die herumliegenden Scherben verlockten zu diesem Spiele. Wenn ihre Eltern diese Hungerleider nicht ins Haus genommen hätten, wäre ihr niemals Paul anstelle ihres Arno in der Nacht erschienen, und sehr wahrscheinlich der Teufel auch nicht. Hier lag die Wurzel des Uebels; so lohnte sich die Güte!

Frieda nahm einen Stein und warf nach einem zerbrochenen Topf, den sie kannte, denn er hatte einmal ihre Küche geziert. Alles war Schutt, Müll, Unrat! Mochte doch ihretwegen die ganze Welt wüst und unfruchtbar werden, wie es der Pfarrer gesagt hatte.

Der Fluß plätscherte leise, Frieda sah durch stilles Geäst das dunkle, langsam gleitende Wasser und hatte fast Lust, ihre schwarze Seelenqual in diesem Wasser zu ersäufen, ja, sie verlangte danach; sie, die Frau mit dem Kind unter dem Herzen, die reiche Erbin, die ohne ihre hirnverbrannte Torheit in ihrem Ueberfluß wenigstens die Pflicht gehabt hätte, glücklich zu sein. Da erhob sie sich schaudernd und ging in großer Angst den kurzen Rest des Weges nach Hause.

Friedrich war schon aus der Stadt zurück, aber er hatte schlechte Nachricht gebracht. Der Herr Rechtsanwalt hatte vergeblich versucht, ihn zu begütigen und es abgelehnt, sich weiter mit der Sache zu befassen. Bei einem zweiten Anwalt war es Friedrich auch nicht viel besser gegangen. Er soll doch mit dem Gemeinderat verhandeln, vielleicht könne der Entwurf des Bildhauers ausgeführt werden. Das war kein guter Rat! Dieser schuftige Bildhauer war es nicht wert, daß sein Denkmal gebaut wurde. Wenn Friedrich für die Schmähungen, mit denen er den Künstler bedacht hatte, fünfhundert Mark Strafe hätte zahlen müssen, er hätte sie, wenn auch zähneknirschend, bezahlt; denn dann wäre doch anerkannt worden, daß er einen Gauner Gauner genannt hatte. Aber so! der Bursche lachte ihn ja noch aus.

Für nichts und wieder nichts zu zahlen, das ging über die Gemütlichkeit. Für nichts? Friedrich hatte doch Anspruch auf die Hälfte des Modells, er konnte es sich jederzeit aus dem Atelier abholen lassen. Das Modell war eine gute Arbeit; es war das Geld wert, und der Bildhauer hätte es ohne seinen Aerger über die beiden Bauern auch nicht aus der Hand gegeben. Aber nun hatte er die Lust daran verloren. Friedrich hätte also jetzt seinen Gedanken von dem Wanderpreis wahrmachen können, indem er sich mit dem anderen Besteller vereinbarte. Aber er dachte nicht an solche Späße. Er fluchte mit Meta zusammen den Zorn des Himmels auf alle Schuldigen herab. „Wir zahlen nicht! Sie sollen uns pfänden!“ brüllte er voll Grimm, und Meta schrie es ihm nach: „Nein, wir zahlen nicht.“

Da trat Frieda in die Stube, erfaßte mit einem Blick die Lage und rief ohne Zaudern dasselbe: „Nein, wir zahlen nicht!“

Alle häuslichen Zwistigkeiten waren auf einmal vergessen. Friedrich, Meta und Frieda hatten ihre Zusammengehörigkeit wiedergefunden, sie waren nur ein einziger Mund, aus dem sich ein überreichlicher Vorrat Zornes ergoß. Alle Gedanken an den Teufel und an das Opfer, mit dem sie ihn hatten besänftigen wollen, waren aus ihrem Gedächtnis entschwunden. Was Teufel! Der Prozeß und der Teufel waren ganz verschiedene Dinge. Der Teufel war vergleichsweise eine unwichtige, nebensächliche Erscheinung; die Furcht vor ihm war kleiner als ihr Rachedurst. Der Bildhauer war ein Teufel, der Pfarrer und der Schulze waren Teufel, das ganze Dorf war eine Versammlung von Teufeln.

Schließlich besann sich aber Friedrich auf seinen Bauernhochmut und ließ etwas davon verlauten, sie wollten dem Schuft die lumpigen drei Groschen in den Rachen schmeißen. „Drei Groschen?“ riefen Meta und Frieda zugleich. „Für fünfhundert Mark bekommen wir in Friedeszeiten ein Pferd.“ Wenn es etwas zu bezahlen galt, rechneten sie immer mit den Vorkriegspreisen. Frieda war womöglich noch aufgebrachter als ihre Mutter. Sie schoß in der Stube herum, als ob sie niemals einen Hexenschuß gehabt habe. Das fiel Friedrich auf, und er fragte verwundert: „Ja, Mädchen, du läufst ja wie ein Wiesel! Bist du denn gesund?“

„Ich spüre nicht mehr. Ich war den ganzen Nachmittag auf der Wiese“ sagte Frieda nebenhin.

„Wart's ab! Beschrei es nicht!“ mahnte die vorsichtige Meta. Dann sprachen sie nicht mehr von dieser scheinbaren Heilung, sie schimpften weiter, bis sie reinweg gar nichts mehr wußten.

So wurde es ruhig im Hause, freilich nur für kurze Zeit. In der Nacht hatte Frieda eine Frühgeburt; die Hebamme mußte geholt werden, und am Morgen der Arzt. Es ging aber alles glatt, ohne irgendwelche Komplikationen. Friedas Hüftweh war tatsächlich verschwunden; nach acht Tagen konnte sie aufstehen, sie war noch ein wenig schwach, sonst aber ohne alle Beschwerden.

(Fortsetzung folgt.)

Breslauer Nachrichten

Schlesische Arbeiter!

Seht euch eure Baumhöfe an! Orgesch hat sie in der Hand. Orgesch wirbt auf ihnen. Jagt Orgesch zum Teufel!

Genossinnen und Genossen!

Ihr dürft nicht glauben, daß Eure Aufgabe, die Ihr übernommen habt, indem ihr in die Kommunistische Partei eingetreten seid, damit erledigt sei, daß Ihr Eure Beiträge leistet, evtl. die „Schlesische Arbeiterzeitung" lest und ab und zu eine Distriktsversammlung besucht.

Jedes Mitglied der VKPD. muß ein Kämpfer sein. Ihr dürft nicht kommen mit der Ausrede „wir haben ja unsere Funktionäre gewählt". Ein jedes Mitglied in unserer Partei muß „Funktionär" sein. Es muß vor allen Dingen alle Zusammenkünfte der Mitglieder besuchen. Ein Kommunist muß seine Ueberzeugung, seine Weltanschauung die er gewinnt, eben bei den Zusammenkünften mit seinen Genossen überall in den Betrieben, bei Zusammenkünften mit indifferenten oder sozialdemokratischen Arbeitern vertreten.

Besonders unsere Genossinnen haben die Aufgabe, unter den Frauen im Hause und in den Läden, auf dem Markte, ebenfalls in den Betrieben usw., anknüpfend in die täglichen Nöte und Sorgen zu wirken für den kommunistischen Gedanken.

Unsere Frauen haben soviele Möglichkeiten in unserem Sinne zu wirken, daß gerade sie die Notwendigkeit einsehen müssen, daß sie zu ihrer Weiterbildung die Versammlungen besuchen müssen.

Nicht in erster Linie in besonderen Frauenversammlungen geschieht dies, sondern gemeinsam mit den Männern mit ihren Leidensgenossen können sie sich ihr Rüstzeug verschaffen und vervollkommnen.

Deshalb Genossen und Genossinnen erkennt, daß zur Erringung unseres Zieles jeder beitragen muß, jeder für die Arbeit, die Tätigkeit der Partei verantwortlich ist.

Erst dann, wenn jeder seine Pflicht erfüllt, werden wir uns wirklich von den sozialdemokratischen Wahlvereinen in der Tat unterscheiden.

Am 28. Juni kommt Radek nach Breslau!

Die „Deutsche Tageszeitung" hat von wohlinformierter Seite erfahren, daß **Karl Radek**, der Höchstkommandierende der Roten Armee Deutschlands, am 28. 6. nach **Breslau** kommen wird. Nach der „Deutschen Tageszeitung" sollen die Bolschewiken jetzt das Hauptgewicht auf Oberschlesien legen. Nach der „Dtsch. Tagesztg." soll sich Radek schon bis zum 21. in Oberschlesien aufgehalten haben, von da aber nach Rußland gefahren sein, um sich von Trotzki neue Instruktionen zu holen.

Diesen Mitteilungen der „Deutschen Tageszeitung" können wir noch ergänzend hinzufügen, daß Radek die Seele des Waldenburger Streikes gewesen ist und anläßlich der Aushebung der Funktionärsitzung der V.K.P.D. nur mit knapper Not der Verhaftung durch Herrn Lybs entgangen ist.

Sobald Radek nach Breslau kommt, werden Mache und Finger sofort zu Generalobersten der schlesischen Roten Armee ernannt, deren Zellen sich jetzt schon in dem republikanischen Selbstschutz bilden.

Außerdem können wir noch verraten, daß sich Trotzki bereits unter anderem Namen in der „Gruppe" aufhält, die in dem Augenblick in die Luft gesprengt wird, sobald Radek das Breslauer Pflaster betritt.

Herr Lybs wird also in der nächsten Zeit wieder einmal Verband zu tun bekommen.

Bauarbeiteraussperrung

Die Unternehmer machen wahr, was sie in ihrem Rundschreiben angekündigt haben. Keine Lohnerhöhung aber Lohnabbau!

Die Breslauer Bauunternehmer haben sämtliche (etwa 600) Bauarbeiter und Zimmerer ausgesperrt. Seit Monaten verlangen die Maurer und Bauhilfsarbeiter, deren Lohn zurzeit 6.— bezw. 5.75 Mk. pro Stunde beträgt, eine Lohnzulage von 1.— Mk. pro Stunde.

Der Schlichtungsausschuß lehnte eine Verhandlung überhaupt ab. Er erklärte, daß die Lebensverhältnisse in den letzten Monaten nicht teurer geworden seien. Man sieht, daß das Unternehmerrundschreiben, das verlangt, Material in ihrem Sinne an die Schlichtungsausschüsse zu schicken, schon wirkt.

Bezeichnend ist aber, daß die Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses sogenannte „freie" Gewerkschaftler sind.

Arbeiter! Genossen und Kollegen!

Unterstützt eure ausgepreßten Klassengenossen in ihrem aufgedrungenem Kampfe. Wenn sie unterliegen, werden die Unternehmer an euch herangehen.

Ihr Kampf ist auch euer Kampf!

Lebensmittelverteilung: a) Vom 30. Juni bis 12. Juli: Grieß auf Lebensmittelmarke T 6, Nährmittelkarte 243, Zusatznährmittelkarte 53 für Mütter; b) vom 29. Juni bis 9. Juli: amerik. Weizenmehl auf Lebensmittelmarke T 7; c) Monat Juli: Grieß auf Stillbelohnungsmarke 23. — **Zur Beachtung!** Gute Molkereibutter zum Preise von 20.— Mark für das Pfund wird in den Markthallen I (Ritterplatz) und II (Friedrichstr.) abgegeben. — Im übrigen wird auf die Bekanntmachung an den Anschlagsäulen verwiesen.

Aus der Provinz

Denunzianten

Die „Bergwacht" bezichtigt uns der Lüge, weil wir behaupteten, daß die Verhaftungen im Waldenburger Revier auf Grund von Denunziationen der Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbonzen vorgenommen seien.

Wir behaupten dies nach wie vor. In der Nr. 31 vom 17. Juni haben wir einen solchen Herrn namentlich aufgeführt; auch können wir für diese Behauptung den Wahrheitsbeweis antreten.

Wenn wir in der Nr. 134 erklärten, daß Verhaftungen auf Grund von einer beschlagnahmten Funktionärliste vorgenommen seien, dann stellen wir fest, daß die Aushebung dieser Sitzung mit der darauffolgenden Verhaftung der Bezirksleitung vorgenommen wurde, weil man annahm, daß die Bezirksleitung in dieser Sitzung neue Pläne über die Forcierung des Waldenburger Streiks ausarbeiten würde.

Durch die Hetze der Gewerkschaftsbonzen ist die Polizei zu ihrem Vorgehen angehalten worden.

Die Sozialdemokraten und Gewerkschaftler haben also nicht nur direkt unsere Genossen denunziert, sondern in erhöhtem Maße durch ihre Streikabwürgung, durch ihre Hetze gegen die Kommunisten, den Boden für die Verhaftungen bereitet.

Republikanischer Selbstschutz.

Vor einigen Tagen haben bekanntlich einige Mitglieder der Landsleitung der SPD. einen Aufruf zur Bildung eines „republikanischen Selbstschutzes" herausgegeben. Bezeichnend ist im übrigen, daß die Sozialdemokraten, die so über die „Moskauer Diktatur" bei den Kommunisten den Plan eines Selbstschutzes in ihrem Kabinett entworfen haben, ohne vorher mit ihren Mitgliedern in Verbindung zu treten. Sie sind zu feige, im Namen ihrer Partei zu sprechen und den Gedanken eines proletarischen Selbstschutzes auf den breiten Boden der Klassenorganisationen des Proletariats zu stellen. Diese Demokraten benützen ihre Führerstellung in Partei und Gewerkschaft, um einfach zu diktieren.

Die reaktionären Zeitungen nehmen mit Recht das Beginnen dieser Herren nicht ernst. Sie wissen, daß hinter den großen Worten der Bonzen nicht der Wille zur Tat steht.

Nach der „Schlesischen Zeitung" nimmt jetzt auch die „Tagespost", das Organ des Baltikumers Freytag von Loringhoven, zu dem Selbstschutz der verfassungstreuen Republikaner Stellung.

Sie erklären einfach, daß der „Heimatverband verfassungstreuer Schlesier" genau wie die Orgesch eine gesetzliche Einrichtung sei, und daß die Regierung nur unter dem Druck der Entente die Orgesch auf die Seite der aufzulösenden Selbstschutzorganisationen gestellt habe.

Mit den Deutschnationalen über die Verfassung zu streiten, halten wir für überflüssig. Diese Herren legen diese aus, wie es ihnen beliebt. Dies hält sie aber nicht ab, zu behaupten, daß die Kommunisten außerhalb der Verfassung stehen.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Arbeiterklasse dem frechen provokatorischen Vorgehen des reaktionären Selbstschutzes, den proletarischen Selbstschutz entgegenstellen. Dieser Selbstschutz darf nicht auf dem Papier stehen bleiben. Der muß zur Tat werden. Das schlesische Proletariat steht vor schweren Tagen.

Wenn sich die Räuberbanden, die jetzt unter der Flagge des deutschen Selbstschutzes Oberschlesien ausrauben, freiwillig oder unfreiwillig zurückziehen, werden sie sich über Schlesien ergießen, um hier ihr Räuberhandwerk fortzusetzen. Diese Banditen werden sich auf den Gütern der Großagrarier festsetzen und dauernd eine Bedrohung des Proletariats in Stadt und Land bedeuten.

Diese Leute werden nicht auseinandergehen, sondern „ihre Zeit" abwarten, um sich zu wenden gegen die „Judenregierung" in Berlin, gegen die sich aufbäumende Arbeiterschaft wenden.

Da genügt es nicht, daß man einen neuen Klimbimverein gründet. Da muß das Proletariat in eiserner Front zusammenstehen, und durchsetzen die Entwaffnung der Orgesch und die Bewaffnung des proletarischen Selbstschutzes.

Sammelt für die Rote Hilfe

Verantw. Redakteur: Fritz Sommerfeld, Berlin. — Verlag: Soz.-Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Felix Wolf, GmbH., Berlin S. 14.

Am Montag, den 27. Juni, beginnt unser großer

Sommer-Ausverkauf

durch welchen wir in sämtlichen Abteilungen unseres Hauses bedeutende Warenmengen mit stark herabgesetzten Preisen zum Verkauf stellen. Bei den nach Serienpreislagen geordneten, reichhaltigen Beständen unserer Damen-Konfektions-Abteilung beträgt die

Preisermäßigung bis zu 50%

Was dies bei unserer niedrigen Preisstellung hinsichtlich des Warenwertes besagen will, davon bitten wir sich durch Lagerbesuch (ohne jeden Kaufzwang) selbst überzeugen zu wollen.

J. Glücksmann & Co.

Gegründet 1854 Ohlauer Strasse 71-73 Gegründet 1854

M. K.
Matthias-Kino
Matthiasstr. 38
u. Moltkestr. 9.

Zirkus Sarrasani
nach dem Roman
Manegenrausch
Intime Erlebnisse einer Zirkusartistin
in 6 Akten
Dazu:
Wild-West-Banditen
Amerikanischer Abenteuerfilm
5 Akte

Zeltgarten
Täglich 7½ Uhr:
Großes Sommervarieté
in Breslau.

Sommer-Ausverkauf!

Nur 5 Tage
Beginn: Mittwoch, den 29. Juni

Weit unter bisherigen Preisen gelangen zum Verkauf:

Damen- Herren- Kinder- **Wäsche** Bett- Tisch- Haus- **Wäsche**

Große Lagerposten und Reste
in Leinen- und Baumwollwaren / Bettbezugstoffen / Schürzen und Hauskleiderstoffen / Blusen- und Kleiderstoffen usw. usw.

Sehr vorteilhafte Partien in
Tischzeugen, Handtüchern und Küchenwäsche

Gardinen Dekorationen / Vorhänge / Tischdecken Diwandecken / Läuferstoffe / Linoleum **Teppiche**

Leinenhaus Bielschowsky
Nikolaistraße BRESLAU Ecke Herrenstraße